

TOP 13 Solidarisierung und Unterstützung der Initiative „Bildungsstreik“

- Vorstellung durch Lukas Seiler

Studierendenparlament der Universität Kassel

Wahlperiode 2017/2018¹¹

Drucksache-Nr.: 007 / 1306-2018¹²

12.06.2018

Antrag, der aus einer Kombination von §21. (1) Nr. 1 bis 19 besteht¹³

§21. (1) Nr. 20¹⁴

Antragssteller*innen: Lukas Seiler (Kooperative Witzenhausen)

Adressat*innen: Studierendenparlament der Universität Kassel

Solidarisierung und Unterstützung der Initiative „Bildungsstreik“

Das Studierendenparlament der Universität Kassel möge beschließen:

Das Studierendenparlament der Universität Kassel unterstützt den Aufruf zum Bildungsstreik am 22.06.2018 unter dem Motto „Sie schieben ab – Wir streiken“ und den in diesem Rahmen stattfindenden Aktionstag gegen Abschiebung an der Universität Kassel.

Das Studierendenparlament verurteilt die gängige Abschiebepaxis in Deutschland.

Das Studierendenparlament solidarisiert sich mit dem nachstehenden Aufruf der „Jugendaktion Bildung statt Abschiebung (JABA)“, in Anlehnung an die vom Studierendenparlament der TH Nürnberg am 23.05.2018 beschlossene Position und Solidaritätserklärung (vgl. <https://asta.th-nuernberg.de/>).

Der AStA wird beauftragt, eine entsprechende Pressemitteilung zu verfassen.

„Bildung für alle: Sie schieben ab? - Wir streiken!“

*Ob Studierende, Auszubildende oder Schüler*innen. Ob in Deutschland geboren, seit vielen Jahren hier oder seit einigen Monaten. „Unvernünftig“ oder „desinteressiert“ wird „unsere“ Generation betitelt. Statt die Symptome zu betrachten, werfen wir einen Blick auf eine Ursache: unser Bildungssystem.*

Chancengleichheit? - Fehlanzeige!

(Soziale) Segregation und Leistungsdruck beginnen schon im Grundschulalter. Kinder aus Familien mit niedrigem sozio-ökonomischen Status oder Migrationshintergrund bekommen seltener eine Gymnasialempfehlung. Nach dem Abitur wird weiter selektiert: nur 24 von 100 Personen aus Nicht-akademischen Familien erreichen den Zugang zu einer Hochschule - aus akademischen

11

12

13

14

Familien sind es 71. Welche Bildung ein Mensch erfährt ist also maßgeblich von der sozialen Herkunft abhängig.

Nicht für die Schule – für das Leben lernen wir?!

Was soll das für ein Leben sein, in dem Numerus Clausus und ECTS relevanter sind, als Zwischenmenschlichkeit, politisches Interesse und der Umgang mit Herausforderungen des täglichen Lebens. Stattdessen geht es – insbesondere seit den Bolognaprozessen – in erster Linie darum, junge Menschen für den Arbeitsmarkt zurecht zu biegen. Die Wirtschaft nimmt durch Sitze in entscheidenden Gremien oder durch Finanzierung von Forschungsprojekten und Studiengängen enormen Einfluss auf die vermittelten Bildungsinhalte, was die Unabhängigkeit der Wissenschaft gefährdet.

Bildung ist unsere Zukunft!

*Seitens der Politik wird immer wieder betont, wie wichtig gute Bildung für unsere Zukunft ist. Ein möglichst guter Abschluss – so heißt es – sichert gute Arbeitsplätze. Die Realität junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt ist aber durchzogen von Arbeitslosigkeit, unbezahlten Überstunden, Niedriglöhnen und befristeten Arbeitsverhältnissen. Fast 80 Prozent der 25- bis 29-jährigen Akademiker*innen müssen sich mit einem Arbeitsvertrag auf Zeit begnügen.*

Bildung ist niemals umsonst – und leider auch nicht kostenlos

*Es kommt hinzu, dass Bildung nicht kostenfrei und somit nicht vollumfänglich für alle zugänglich ist. Zwar wurden die Studiengebühren vor einigen Jahren abgeschafft, doch können wir uns nie ganz sicher sein, ob das auch so bleibt. In Baden-Württemberg wurden sie für Nicht-EU-Ausländer*innen wieder eingeführt, was eine rassistische institutionelle Diskriminierung darstellt. Es entstehen Kosten für Semestertickets, Bücher oder Exkursionen. Leistungen nach BAföG stehen nicht allen zu und können die Kosten genauso wenig abdecken, wie ein Nebenjob. Genauso fernab der Realität ist es, zu denken, dass Eltern dafür aufkommen können. Knapp 1/5 aller Studienabbrecher*innen tun dies aufgrund finanzieller Schwierigkeiten. Damit verschärft sich die Bildungsungleichheit weiter.*

Hochschulen sorgen für Fluchtursachen

Als wäre das nicht schon genug, sind deutsche Hochschulen durch die Unterfinanzierung oft gezwungen Forschungsaufträge für die Rüstungs- und Waffenindustrie anzunehmen und beteiligen sich aktiv an der Entwicklung von Waffensystemen. Durch die Bundeswehr bzw. Waffenexporte sorgt das für Krieg und Zerstörung der Existenzgrundlage, sowie die (oft tödliche) Flucht Hunderttausender. Die hier angekommenen Geflüchteten erwartet eine Asylpolitik, die sie wieder in vermeintlich sichere Gebiete abschieben will und systematisch das Menschenrecht auf Bildung, Arbeit und ein menschenwürdiges Leben verwehrt.

Bildung darf kein Privileg sein!

Wir als Studierende sind lieber „unvernünftig“, wenn Vernunft bedeutet, tatenlos zuzusehen und zu schweigen, um das System am Laufen zu halten. Wir sind die Zukunft und gestalten sie selbst. Wir stehen für eine Zukunft, fernab von Diskriminierung und Unterstützung (aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder Religion). Wir erklären uns solidarisch mit dem Aktionstag im Rahmen des Bildungsstreiks der Jugendaktion Bildung statt Abschiebung und ihren Forderungen und rufen hiermit dazu auf:

Geht am Tage des Bildungsstreikes nicht in die Schule, die Hochschule oder den Betrieb, sondern legt euer Privileg der Bildung für einen Tag nieder, streikt, geht auf die Straße und demonstriert.

22.06.2018 – Raus zum Bildungsstreik!“

Begründung:

A. Problem

*Prekäre, menschenunwürdige Lebensverhältnisse von vielen Geflüchteten in Deutschland
Zu verurteilende Abschiebep Praxis deutscher Behörden: unangekündigt, z.T. mitten in der Nacht, auf offener Straße, Abschiebung aus Bildungseinrichtungen.
Bildung ist ein Privileg, das sollte sie nicht sein. Das in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ festgehaltene Recht auf Bildung, Arbeit und ein menschenwürdiges Leben wird in Deutschland nicht für alle Menschen umgesetzt, z.B. werden Geflüchtete mehr oder weniger massiv jene Rechte verwehrt oder nur teilweise zugesprochen.*

B. Lösung

Unterstützung der „Jugendaktion Bildung statt Abschiebung“ und dadurch Thematisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse mit dem Ziel der Verbesserung, Öffentlichkeit herstellen durch Informieren.

C. Alternativen

Keine Unterstützung des überregionalen und engagierten Einsatzes für Bildungsgerechtigkeit, prekäre Verhältnisse nicht thematisieren.¹⁵

D. Finanzielle Auswirkungen auf das laufende Haushaltsjahr

*100€ Druckkosten
100€ Materialkosten*

E. Finanzielle Auswirkungen auf kommende Haushaltsjahre

F. Verwaltungsaufwand

Pressemitteilung

Ort, Datum¹⁶

*(elektronische) Unterschriften der Antragssteller*innen¹⁷*

Abstimmung zu TOP 13 Solidarisierung und Unterstützung der Initiative „Bildungsstreik“								
	Jusos	LiLi	SDS	Grüne	Koop. WIZ	RCDS	Fr. Wind	Summe
JA	6	3	2	3	1		2	17
NEIN								
Ent.								
SUMME	6	3	2	3	1		2	17
Benötigte Mehrheit:	Einfache Mehrheit					Beschluss ist somit:		Angenommen

15
16
17